

Haushaltsrede 2008 von Stadtkämmerer Bernd Müller

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Sie wissen, dass ich in Finanzangelegenheiten nicht immer den Optimismus unseres Bürgermeisters teile. Aber die Entwicklung der Jahre 2006 und 2007 sowie der Ausblick auf die kommenden Jahre stimmen mich für die Zukunft der Stadt Hückeswagen ebenso optimistisch wie den Bürgermeister.

Wir befinden uns auf einem guten Weg, wenngleich wir noch eine Menge Arbeit vor uns haben, bis wir unsere Finanzen wieder voll im Griff haben. Aber es ist zu schaffen!

Meine Damen und Herren,

mit dem 3. NKF-Haushaltsplan können wir erstmals auch einen Blick auf die Einzelergebnisse des abgelaufenen 1. NKF-Haushaltes 2006 werfen.

Neben der Einzelerläuterungen in den jeweiligen Teilergebnis- und finanzplänen hat die Verwaltung im Vorbericht die wesentlichen Abweichungen zwischen dem Ergebnis 2006, der Ansatzplanung 2007 sowie den neuen Planzahlen der Jahre 2008 bis 2011 auf der Ebene der jeweiligen Kostenarten detailliert dargestellt.

Darüber hinaus werden die wesentlichen Investitionsmaßnahmen der Haushalts- und Finanzplanung mit ihren Ein- und Auszahlungen eingehend erläutert.

Wie in den Vorjahren bereits üblich wird Ihnen auch die Verwendung der Schul- und Bildungspauschale, der Sport – und der Feuerschutzpauschale im Detail dargestellt. Auffallend ist hier, dass die Schul- und Bildungspauschale ab dem Jahr 2009 nicht mehr ausreicht, um die erheblichen Aufwendungen für den Brandschutz im Bereich der Schulen zu decken. Der übersteigende Betrag ist im Rahmen des allgemeinen Haushalts mitzufinanzieren.

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage jeder Kommune in gleicher Art und Weise ist ein einheitliches NKF-Kennzahlenset für Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden. Dieses Kennzahlenset dient der Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Eine entsprechende Darstellung ist ebenfalls im Vorbericht zu finden.

Nun aber, sehr geehrte Damen und Herren, einiges zum Zahlenwerk insgesamt:

Nach dem das Haushaltsjahr 2006 finanziell erfreulich positiv verlaufen ist und lediglich ein Defizit von rd. 1.177.000 € ausweist, konnte auch für das Haushaltsjahr 2007 mit Ergänzungsbeschluss im September ein Anzeigehaushalt aufgestellt werden.

Wie bereits mit dem vorgenannten Ergänzungsbeschluss angekündigt, ist die Verwaltung in der Lage, einen Haushaltsplan für das Jahr 2008 aufzustellen, der zwar in Erträgen und Aufwendungen nicht strukturell ausgeglichen ist, der aber trotzdem genehmigungsfähig ist.

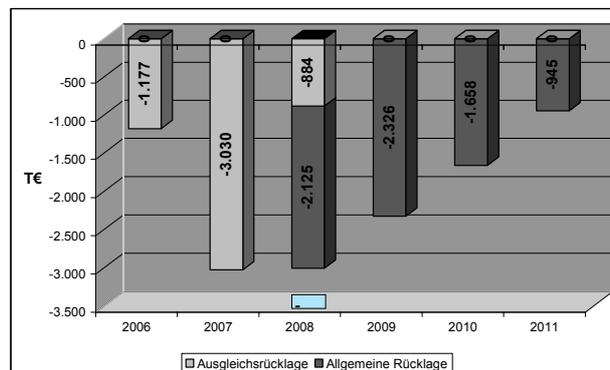
Wenn – wie im vorliegenden Fall – bei der Aufstellung der Haushaltssatzung eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen ist, bedarf dies der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden (§ 75 Abs. 4 GO)

Ein Haushaltssicherungskonzept ist u.a. dann aufzustellen, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres ausgewiesenen Bestand der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als zwanzigstel zu verringern (§ 76 Abs. 1 Punkt 2 GO).

Diese Grenze wird mit der vorliegenden Haushalts- und Finanzplanung **nicht** überschritten.

Ein Haushaltssicherungskonzept ist nicht aufzustellen

Die Zahlen für die einzelnen Jahre sehen wie folgt aus:



Ein strukturell ausgeglichener Ergebnisplan ist im Finanzplanungszeitraum noch nicht darstellbar. Falls die positive Entwicklung auf der Ertragsseite (auf der Basis der Orientierungsdaten) weiterhin Bestand hat und im Bereich der Aufwendungen weiterhin restriktiv gewirtschaftet wird, so erscheint mir ein Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren durchaus vorstellbar.

Diese in meinen Augen durchaus positive Aussicht wird jedoch durch ein aktuelles Ereignis etwas getrübt.

Während der Prüfungsarbeiten zum NKF-Jahresabschluss 2006 stellte sich heraus, dass die Verwendung der allgemeinen Investitionspauschale – wie bei anderen Kommunen auch – nicht NKF-konform in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen und konkreten Anlagegütern zugewiesen wurde. Diese Zuordnung ist vor der endgültigen Festsetzung der Eröffnungsbilanz zwingend vorzunehmen. Die Neuordnung hat zur Folge, dass zum einen ein erheblicher Betrag aus der allgemeinen Rücklage herausgenommen und als Sonderposten ausgewiesen werden muss. Eine Veränderung der Bilanzsumme ist hiermit nicht verbunden. Zum anderen ist die bisher praktizierte 100 %-ige ertragswirksame Auflösung der jährlichen fließenden allgemeinen Investitionspauschale nicht mehr möglich. Dies führt zu einer jährlichen Verschlechterung in einer Größenordnung von 400.000 €. Die den einzelnen Anlagegütern konkret zugeordneten anteiligen Investitionspauschalen führen hingegen nur zu einer abschreibungskonformen jährlichen Sonderpostenauflösung von in etwa 100.000 €. Per Saldo bedeutet dies eine Verschlechterung von jährlich rd. 300.000 € ab dem Rechnungsjahr 2006.

Beide Faktoren (Absenkung der allgemeinen Rücklage sowie die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten aus der allgemeinen Investitionspauschale) führen dazu, dass die Genehmigungsfähigkeit der kommenden Haushaltsjahre – wie ich Sie Ihnen gerade geschildert habe – nicht mehr gegeben ist.

Um die Genehmigungsfähigkeit der kommenden Haushaltsjahre zu ermöglichen, ist es daher zwingend erforderlich die Gewinne des Betriebes Abwasserbeseitigung der Jahre 2006 (voraussichtlich 611.000 €), 2007 (Planwert 685.000) und 2008 (Planwert 713.000) in voller Höhe an den allgemeinen Haushalt abzuführen.

Ohne diese zusätzliche Gewinnabführung (die jeweils hälftige Abführung ist bereits Beschlusslage) ist die Stadt wieder gehalten, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Wichtig hierbei ist: diese Gewinnabführung hat keinerlei Auswirkung auf die Gebührengestaltung des Jahres 2008 sowie der Folgejahre. Ebenso wenig hat dies Auswirkung auf die Investitionstätigkeit des Abwasserbetriebes und deren Finanzierung.

Die geschilderten Auswirkungen wird die Verwaltung Ihnen für die Beratungen in einer Veränderungsliste Anfang nächsten Jahres darzustellen und die notwendigen Veränderungen in den Haushaltsplan 2008 aufnehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir nun zu dem eigentlichen Zahlenwerk des Jahres 2008 und der Finanzplanung bis 2011.

Die von der Verwaltung ermittelten Zahlen sind nach bestem Wissen und Gewissen errechnet worden, d.h. die Ansätze für die Einkommen- und Umsatzsteuer, Schlüsselzuweisungen, Kreisumlagen wurden nach aktuellem Kenntnisstand (Orientierungsdaten, Eckwerte des Kreises) gebildet.

Der Entwurf der Satzung weist in § 1 folgende Eckwerte auf:

Ergebnisplan

Erträge	24.364.632 €
Aufwendungen	-27.373.271 €
Fehlbedarf 2008	-3.008.639 €

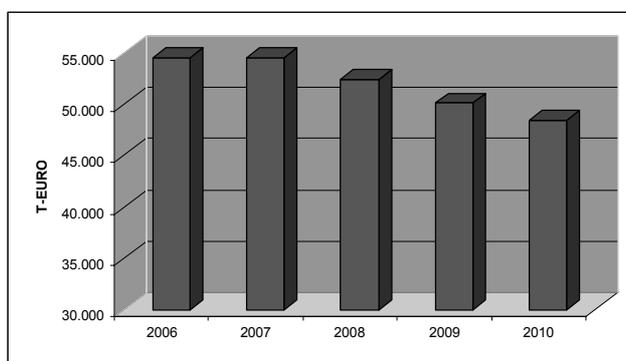
Die nach dem neuen Haushaltsrecht gebildete **Ausgleichsrücklage** in Höhe von rd. 5,1 Mio € hat zum 31.12.2007 nach Abzug des Defizits 2007 noch einen Bestand von rd. 884.000 €.

Bestand zum 01.01.2007	3.913.578 €
abzgl. Fehlbedarf 2007	-3.029.667 €
Bestand zum 31.12.2007	883.911 €

Die Abdeckung des Fehlbedarfs 2008 erfolgt zum Einen durch den Restbestand der Ausgleichsrücklage und zum Anderen durch eine Verringerung der allgemeinen Rücklage.

Fehlbedarf 2008	-3.008.639 €
Ausgleichsrücklage	883.911 €
nicht gedeckter Fehlbedarf	-2.124.728 €
allgemeine Rücklage zum 01.01.2008	54.549.723 €
abzgl. nicht gedeckter Fehlbedarf	-2.124.728 €
allgemeine Rücklage zum 31.12.2008	52.424.995 €

Zum Ende des Finanzplanungszeitraumes wird sich die allgemeine Rücklage von heute rd. 54,5 Mio € auf rd. 47,5 Mio € in 2011 verringert haben.



In diesem Zusammenhang verweise ich auf Seite 48 des Vorberichtes; dort ist die Entwicklung der allgemeinen Rücklage detailliert dargestellt.

Ein- Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen	22.617.069 €
Auszahlungen	-24.478.594 €
Unterdeckung	-1.861.525 €

Ein- Auszahlungen Investitions- und Finanzierungstätigkeit

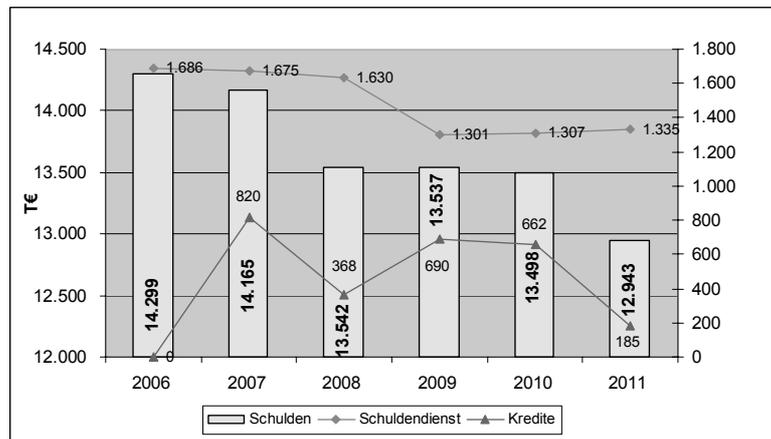
Einzahlungen	2.942.899 €
Auszahlungen	-4.417.899 €
Unterdeckung	-1.475.000 €

An größeren Investitionsmaßnahmen in 2008 sind beispielhaft zu nennen:

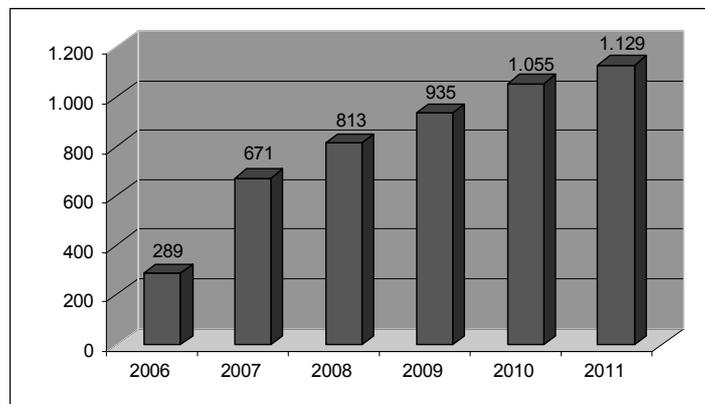
- Straße Brunsbachtal
- Anliegerstraße Vogelsiedlung
- Wegebau Bevertalsperre
- Erschließung Wupperaue
- Geh- und Radweg Bahntrasse
- Außenanlagen Schloss

Zur Finanzierung der für 2008 vorgesehenen Investitionen werden Kredite in Höhe von rd. 370.000 € erforderlich.

Danach ergibt sich folgende Entwicklung der Schulden, des Schuldendienstes sowie der Kreditneuaufnahmen in den nächsten Jahren:



Im Zusammenhang mit dem Schuldendienst, der ja auch Zinsen beinhaltet, ist auch die Darstellung der Kassenkredite, die neben dem Schuldendienst zu zahlen sind, beachtenswert:



Sehr geehrte Damen und Herren

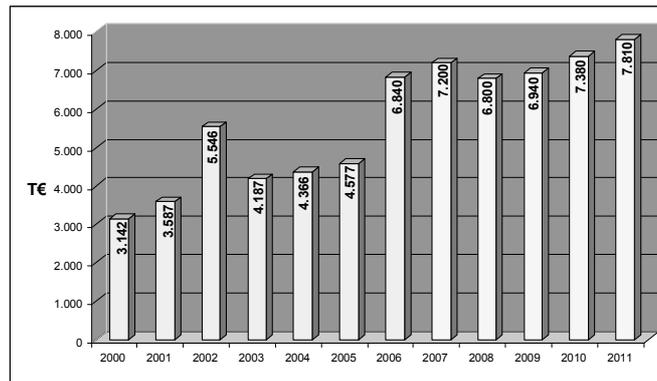
Der Entwurf der Haushaltssatzung sieht in § 6 folgende, gegenüber 2007 unveränderte, Realsteuerhebesätze vor:

	Hebesatz
	2007
Grundsteuer A	305 v.H.
Grundsteuer B	395 v.H.
Gewerbesteuer	440 v.H.

So, und nun weitere Einzelheiten zum Ergebnisplan:

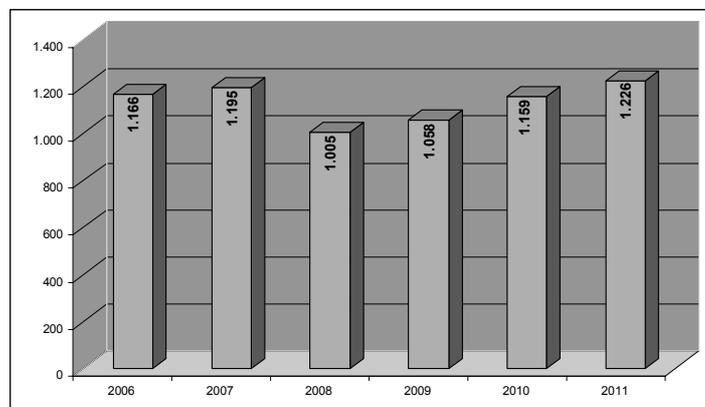
Zunächst die Erträge:

Entwicklung der Gewerbesteuer



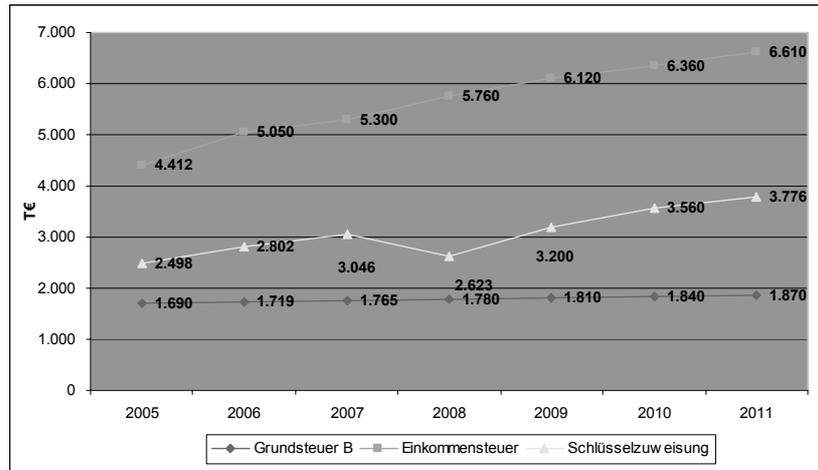
Nach der derzeitigen Sollstellung kann für 2007 mit einem Ergebnis in Höhe des Ansatzes gerechnet werden. Für 2008 erfolgte der Ansatz unter Berücksichtigung des derzeitigen Vorauszahlungssolls und den Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform; nach Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes ist grundsätzlich mit einem Aufkommensrückgang von 5 % zu rechnen. Inwieweit dies auf Hückeswagen zutreffend ist, kann derzeit nicht ermittelt werden. Die Entwicklung der Folgejahre richtet sich nach den Orientierungsdaten.

Zum Ausgleich der Mindereinnahmen, die sich aus der Unternehmenssteuerreform für die Kommunen ergeben, wird die Gewerbesteuerumlage für 2008 (von 73 auf 65 Umlagepunkte) gesenkt und steigt dann stufenweise bis zum Jahr 2010 (auf 69 Umlagepunkte) wieder an.



Das nächste Schaubild stellt die Entwicklung der Grundsteuer B, des Anteils an der Einkommensteuer sowie der Schlüsselzuweisung dar. Die Höhe der Schlüs-

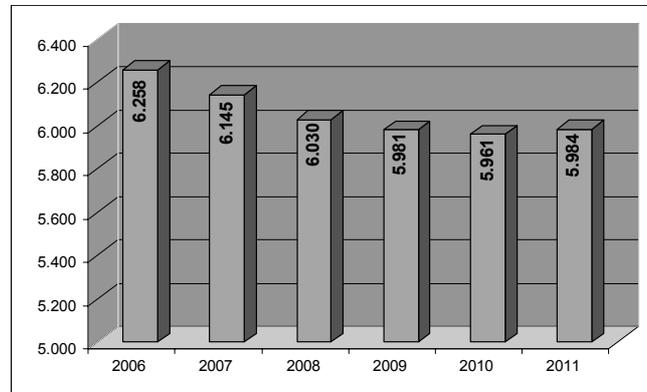
selzuweisung 2008 basiert auf der 2. Modellrechnung des Landes; die Fortschreibung erfolgte unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten.



Nun zu den wesentlichen Aufwendungen

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Bei der nachfolgenden Darstellung handelt es sich um Bruttobeträge. Diesen stehen Erstattungen aus den Betrieben sowie ertragswirksame Auflösungen der Pensions- und Beihilferückstellungen gegenüber.

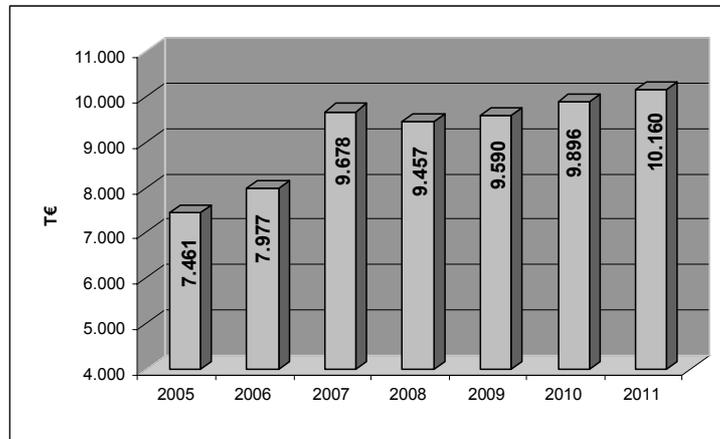


Die Ermittlung der **Bezüge und Vergütungen** erfolgte auf der Basis aktuell Beschäftigter sowie der Berücksichtigung bekannter Personalveränderungen für 2008. Bei der Ansatzbildung wurde eine tarifliche Erhöhung von 3 % eingeplant.

Trotz der vorgenannten tariflichen Erhöhung und Fortschreibung aufgrund der Orientierungsdaten ist es aufgrund der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes gelungen, die Personal- und Versorgungsaufwendungen insgesamt über die Jahre hinweg leicht abzusenken. Bei den Werten der Jahre 2006 und 2007 ist allerdings zu beachten, dass es sich um einen Vergleich zwischen Ergebnis und Planwerten handelt.

Kreisumlage

Bei der Ermittlung der Aufwendungen für die Kreisumlage wurden die Eckwerte des Kreises für den Kreishaushalt 2008 ff berücksichtigt.



Ich gehe davon aus, dass ich Ihnen mit diesen Darstellungen **einen ersten Einblick** in das Haushaltsjahr 2008 vermittelt habe und verweise nochmals auf weitere Erläuterungen und Darstellungen im vorliegenden Haushaltsplanentwurf.

Abschließend ist festzustellen, dass wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zwar noch nicht erreicht haben, wir uns aber auf einem guten Weg befinden und wie es so schön heißt: das Licht am Ende des Tunnels ist zu erkennen.

Wie bereits in den letzten Jahren, biete ich Ihnen wieder an, Ihre Fragen zum Haushalt 2008 in Ihren Fraktionen zu beantworten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.